Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 72 (1978)

Heft: 3

Artikel: Ein Bericht über den Streik in einer Atomzentrale am Ärmelkanal (II. Teil und Schluss)

Autor: Spilker, Reinhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142724

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

REINHARD SPILKER

Ein Bericht über den Streik in einer Atomzentrale am Ärmelkanal

(II. Teil und Schluß)

(Autor) Nimmt man das französische Bauprogramm für Atomkraftwerke als Beispiel, fällt besonders dem deutschen Betrachter auf, daß in Frankreich innerhalb der nächsten drei Jahre an die zwanzig Reaktorblöcke des Leichtwassertyps mit Kapazitäten von je 900 Megawatt an das Stromnetz angeschlossen werden sollen, allein 1977 und 1978 sind es vier Blöcke, und dann steigert sich die Zahl noch von Jahr zu Jahr. Da die einzige Entsorgungsmöglichkeit für diese Kraftwerke in La Hague besteht, vorausgesetzt, daß die Wiederaufbereitungsanlage überhaupt in Gang kommt, ist so viel schon heute absehbar: Daß die meisten der in den Lagerbecken von La Hague vor sich hinstrahlenden Brennelemente aus deutschen Reaktoren kaum eine Chance haben, in Frankreich noch aufgearbeitet zu werden. Trotzdem läuft auch im Februar 1977 wieder eine sogenannte Transportkampagne: die neueste Jahresentladung des Kraftwerkes Stade wird in 12 bis 15 Einzeltransporten per Spezial-Kühltank über bundesdeutsche und französische Landstraßen nach La Hague transportiert. Sobald aber die französischen Kraftwerkbetreiber ihre eigenen Atomzentralen entsorgen wollen, wird man für die deutschen Brennelemente anderswo Unterkunft suchen müssen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Anlage von La Hague in jedem Fall ihren gesamten Betrieb demnächst für drei bis sechs Monate völlig stillegen muß, um Reparaturen auszuführen und die am schlimmsten strahlenverseuchten Fabrikbereiche zu dekontaminieren. Dazu Laponche: «Man weiß nicht genau, wie lange die Reparaturarbeiten dauern werden. Doch die Leitung des Atomenergiekommissariats hat festgestellt, daß La Hague eine Anlage ist, die den Anforderungen nicht genügt, die so gar nicht im industriellen Maßstab arbeiten kann, sondern vielmehr eine Versuchsanlage ist, ein Prototyp. Es war ein Erfolg des Streiks, daß man jetzt diese Stillegung für drei bis sechs Monate vorsieht ... Man wird die Anlage nicht vergrößern, aber so, wie sie gebaut ist, durch Modifikationen arbeitsfähig machen. Also die Plutonium-Handhabung revidieren, undsoweiter ... Die Betriebsangehörigen und die Gewerkschaften haben die neuralgischen Punkte aufgezeigt, wo etwas getan werden muß.
Hätte es den Streik nicht gegeben, wäre die Anlage so weitergelaufen; das wäre nicht gutgegangen. Der Streik hat vielleicht die Anlage gerettet!»

(Autor) Drei Monate lang wurde im Herbst 1976 in La Hague gestreikt, der einzigen angeblich funktionierenden Wiederaufarbeitungsanlage für die Entsorgung deutscher Atomkraftwerke. Die Medien der Bundesrepublik haben sich über diesen doch immerhin nicht ganz unwichtigen Vorgang total ausgeschwiegen. Auch jetzt noch. Nicht ein einziger der jüngst auf Einladung der PWK nach La Hague gereisten Journalisten verliert ein Sterbenswörtchen darüber. Was war das für ein Streik? ...

(Laponche): «Für den Streik gab es mehrere Gründe. Die waren zum einen mehr politischer Art, zum zweiten betrafen sie die Arbeitsbedingungen, und zum dritten Sicherheitsfragen. Aber diese drei Kategorien sind sehr stark miteinander verbunden. Außerdem gab es technische Gründe. Letztere waren, daß man in den Wiederaufarbeitungsanlagen gerade erst lernte, wie man die Brennelemente aus den mit Natururan gespeisten Reaktoren der bisherigen französischen Reaktorlinie aufarbeitet. Und schon ging man zum Leichtwasser-Reaktor über, und zwar nicht etwa aus einer technischen oder wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus, sondern als Folge industriepolitischer Pressionen aus Amerika vor allem. Die Brennelemente aus diesen Leichtwasserreaktoren sind schwieriger aufzuarbeiten. Und kaum hatte man dies entschieden, wurde auch schon das französische Atomprogramm erheblich vergrößert. 1974/75 mußte plötzlich alles sehr schnell gehen, auch in La Hague wurde das Arbeitstempo erhöht, und damit das Risiko. Denn La Hague ist schon zehn Jahre alt. Alt, das will sagen, die Anlage ist radioaktiv verseucht. Jeder noch so simple Arbeitsvorgang, wie der Ersatz eines Ventils oder einer Pumpe, bringt für die Techniker sehr viel höhere Strahlenbelastungen mit sich, und Kontaminationsrisiken, also die Gefahr der Absorption radioaktiver Stoffe. Das war technisch bereits eine schwierige Situation. Und dann wurde deutlich, daß die geforderte Leistung sich in den kommenden Jahren noch immer mehr steigern würde. Und da es so aussah, als werde La Hague die einzige überhaupt arbeitsfähige Wiederaufarbeitungsanlage der Welt sein, kommen Brennelemente aus Deutschland, der Schweiz, Belgien und Schweden bei uns an, und unser Personal soll sich abschinden, um all diesen Leuten zu ihrem elektrischen Strom zu verhelfen.

Und nun machte man sich in der Regierung und bei der Direktion der CEA Gedanken und fand, es sei an der Zeit, all den atomtechnischen Anlagen eine industriell kommerzielle Struktur zu verpassen. Wir sahen ja bereits, daß dieses ganze Programm stark auf Export, Profit und Devisenerlös hin orientiert ist. Also entschied man, die Anlagen einem neuen, privatwirtschaftlich konzipierten Unternehmen zu unterstellen. Das sollte also nicht mehr eine Körperschaft öffentlichen

Rechts sein, wie die CEA, sondern ein ganz normales Handels- und Industrieunternehmen, das mit jedermann Geschäfte machen und mit Plutonium Geld verdienen darf. Das war unseren Leuten dann zuviel. So kam es zum Streik. Drei Monate in La Hague, drei Monate in Marcoule. Wir wollten das nicht mitmachen.»

«Die Jungs hier in der Fabrik reden sehr wenig miteinander, man ist voneinander abgeschnitten und kennt nicht die Probleme der anderen. Für mich war das der Grund, Gewerkschafter zu werden, der wichtigste jedenfalls. Da können wir über unsere Probleme sprechen . .»

(Autor) Der dreimonatige Streik in La Hague, der in der französischen Presse, in «Le Monde» zum Beispiel, aber vor allem in der Provinzpresse der Normandie breite Beachtung fand, wird in der deutschen Berichterstattung nicht erwähnt. In der «Landeszeitung» Erscheinungsort Lüneburg, heißt es dagegen: «Strahlenkranke» hat es bisher nicht gegeben.» Und in der Bild-Zeitung: «Obwohl rund um die Anlage Kühe weiden, Bauernhöfe bewirtschaftet werden und 80 000 Menschen wohnen, wurde bisher niemand gefährdet.»

Ein Redakteur der Celleschen Zeitung meldet aus Cherbourg: «Nun habe ich Milch von mehr oder weniger glücklichen normannischen Kühen getrunken, Brochette de coquilles St. Jaques gegessen, Muschelbratspieße, wobei Meerestiere aus dem Wasser stammten, in das die Franzosen radioaktive Stoffe fließen lassen, und auch Gigot de la Hague verspeist, Lammkeule von Tieren, die rings um die große Anlage weiden: ich lebe noch . . .» Und die Goslarsche Zeitung bekräftigt: «Keine Probleme bei der Aufarbeitung!»

(Anger): «Das Hauptziel des Streiks wurde nicht erreicht, nämlich die Privatisierung der Anlage zu verhindern. Jetzt aber haben wir nur einen Waffenstillstand, der Streik ist nicht endgültig abgebrochen. Die Arbeit wurde zunächst wieder aufgenommen, da einige Dinge schon erreicht wurden. Der Ausschuß für Sicherheits- und Gesundheitsfragen wird vergrößert. Außerdem wird ab April ein sechsmonatiger Produktionsstopp eingelegt. Das ist ein Eingeständnis der Firmenleitung, daß die Anlage strahlenverseucht ist, daß es überall undichte Stellen gibt. Das bestätigt auch die ernsten Risiken für die Arbeiter und die Bevölkerung. Ein Beispiel für viele: Während des Streiks gab es an der Rohrleitung, durch die radioaktive Flüssigabfälle von La Hague 5 Kilometer ins Meer abgeleitet werden, wieder mal ein Leck. Zum achtzehnten Mal seit Inbetriebnahme! Die radioaktive Flüssigkeit lief in die Erde und ins Grundwasser. Davon abgesehen: 1975 wurden 453 Fälle radioaktiver Kontaminierung unter Mitarbeitern von La Hague registriert.

Hier bei uns in Flamanville wohnt ein Betriebsmitglied von La Hague, der an Leukämie erkrankt ist: als Berufskrankheit anerkannt! Da gäbe es noch vieles mehr zu berichten! Jedenfalls die vorgesehene

Betriebspause ist für die Streikenden immerhin ein halber Sieg. Uebrigens darf man eins nicht vergessen: die Mitarbeiter von La Hague sind natürlich keine absoluten Atomgegner, die sind aber an optimalen Arbeitsbedingungen interessiert. Uns Bürgerinitiativen ist damit die Befürchtung noch nicht genommen, daß La Hague möglicherweise im September damit beginnt, die hochradioaktiven Brennelemente aus den Leichtwasserreaktoren zu verarbeiten, und die sind ja noch viel gefährlicher als die bisherigen!»

(Autor) Soweit der Sprecher der regionalen Bürgerinitiativen gegen die Atomanlagen in der Niederen Normandie, Didier Anger. Der Gewerkschaftssprecher der Betriebsmitglieder uon La Hague, Maurice Gallis, beschrieb uns eine bedenkliche Praxis bei der Personal-Einstellungspraxis durch die Firmenleitung. Maurice Gallis: «Unter dem Personal gibt es nun die Aushilfskräfte. Dieses Ausleihsystem von Arbeitskräften entwickelt sich bei uns immer stärker. Ist das bei Euch auch so? Da findet man bei uns also diese Verleihklitschen, die Arbeiter vermieten. Braucht man also mal drei Schweißer für drei Monate, dann annonciert die Leihfirma in der Zeitung, und drei Arbeitslose finden sich ein. Die nehmen jeden Job, unter jeder Bedingung. Und bei uns in La Hague werden solche Leute auch beschäftigt. Für unangenehme Aufgaben, sei es wegen schlechter Arbeitsbedingungen oder gesteigerter Strahlenbelastung. Denn wenn man Leute für zehn, zwanzig oder dreißig Jahre beschäftigen will, dann muß man achtgeben, daß sie nicht gleich zu Anfang hohe Strahlendosen abkriegen, sonst sind sie nach einigen Jahren kaum noch verwendbar. Wenn Arbeiten mit hohem Strahlenrisiko zu verrichten sind, dann stellt man dazu nicht Arbeitskräfte ein, mit denen man Verträge für dreißig Jahre abschließt, sondern Mietkräfte. Dieses Verfahren ist bei uns in letzter Zeit eingerissen. Und dann trifft man plötzlich auf einen Typ, von dem man später gesprächsweise erfährt, daß er schon mal in einem Atomkraftwerk eine Dosis abbekommen hat. Aber der kam bei uns an, ganz unschuldig, als hätte ihn noch nie ein Strahl getroffen, und beginnt folglich nochmal bei Null. Entsprechend den Normen, die die Höchstwerte vorschreiben, die Arbeitgeber ihren Mitarbeitern zumuten dürfen. Bei diesem Leihverfahren kann man die radiologische Belastung nicht registrieren, anders als bei der CEA. Denn wenn man da die Stelle wechselt, dann werden die Kontrollpapiere nachgesandt. Da kann man nicht wieder bei Null anfangen. Unsere Gesellschaft will jetzt durchsetzen, daß ein nationales Abkommen für den ganzen Atombereich die Arbeitskräfte erfaßt und einen Strahlenpaß vorschreibt.»

«Wie in den Atomkraftwerken auch, so besteht in der Wiederaufarbeitungsanlage die Möglichkeit von Unglücksfällen. Da gibt es klassische Unfälle wie Feuerausbrüche: die wären hier sehr schwer-

wiegend, wenn sich Plutonium entzündet. Es gibt auch sogenannte Kritikalitätsunfälle, wenn sich irgendwo in der Anlage genügend Plutonium ansammelt, um eine Kettenreaktion in Gang zu setzen. Das kann zu einer Explosion führen. Eine solche Explosion würde große Opfer unter den Arbeitern fordern, und es könnte zur Verteilung des Plutoniums in der Atmosphäre kommen, in Wolken mit hochradioaktiven Partikeln.»

(Laponche): «Ein sehr ernstes Problem stellt sich mit diesen Ableitungen ins Meer. Praktisch sind da keine äußeren Kontrollen möglich. Die Abwässer werden ins Meer geleitet, und man hat diesen Standort ja deshalb gewählt, weil es hier starke Meeresströmungen gibt, die die Abwässer weit forttragen, bis nach Dänemark, wo die Küsten stärker davon betroffen sind als die hiesigen. Die Strömung reißt alles mit sich fort, man weiß gar nicht, wo überall hin.

Das Beispiel von Windscale ist interessant, wo man radioaktive Verseuchung der Meeresalgen an 400 km weit entfernten Küsten festgestellt hat. Das ist ein wichtiger Grund, weshalb wir gegen die Privatisierung von La Hague sind. Auch wenn es sich dabei in erster Linie um die innere Einstellung zu den Dingen handelt, und nicht um die Frage, wer das Kapital hält! — Wir haben es nun auch mit einem technischen Problem dabei zu tun: wenn wir nämlich den Tonnendurchsatz unserer Anlage steigern und nicht die ganze Technik ändern, dann steigert man auch die Immissionen. —

«Plant man denn eine Aenderung der Technik?» — «Nein, das ist es ja gerade! Wenn man sich an die Vorschriften halten will, darf man nicht mehr als — ich glaube — 400 Tonnen LWR-Elemente verarbeiten. Der Ausweg: man erhöht die Normen! Die Technik ändern, das heißt: eine neue Anlage bauen ... In Deutschland beispielsweise gibt es ja nun keinen Standort wie La Hague mit starken Meeresströmen (die Nordsee kann sich da mit unseren Gewässern nicht vergleichen!) Da gilt es nun, eine Anlage praktisch ohne jegliche Abgabe von radioaktiven Immissionen an die Umwelt zu bauen, oder es gleich ganz zu lassen. Das ist das Problem: wie baut man so eine Anlage! Unsere Position ist die: wir dürfen längst nicht so viele Leichtwasserreaktoren bauen, damit wir in Ruhe die Probleme der Wiederaufarbeitung studieren können, die Rückhaltetechniken gegen Abgabe von Radioaktivität an die Umwelt, und dann kann man weitersehen.

Wir sind nicht etwa der Meinung, daß man es ganz lassen sollte. Aber wir widersetzen uns einer Industriepolitik der Flucht nach vorn.»

(Bauern): «... da hat man uns diese Sirenen auf die Bürgermeistereien montiert. Die kamen von der Präfektur in Saint Lô. Man hat uns die Auskunft gegeben, solche Sirenen kämen jetzt überall in Frankreich auf die Dächer, das sei sozusagen für den Kriegsfall. Ich glaube

das nicht. Solche Sirenen sieht man nur bei uns in der Gegend auf den Dächern. Für mich sind die für den Fall, daß da oben was passiert . . .»

(Laponche): «Ich glaube, dieser Streik in La Hague und Marcoule war der erste, lang anhaltende Streik in Frankreich, bei dem es nicht um klassische gewerkschaftliche Forderungen ging. Es ging nicht um die Gehälter, nicht um Gewerkschaftsrechte oder Arbeitszeiten. Sondern es ging um Sicherheit, Arbeitsbedingungen und Privatisierung. Das ist wichtig und zeigt eine enorme Bewußtseinsentwicklung gegenüber früher. Dann gab es während des Streiks lebhafte Auseinandersetzungen um das eigentliche Produkt unserer Arbeit, das ist auch etwas neues. Bei den meisten Streiks geht es doch — und man kann das auch sehr gut verstehen — um die Aufrechterhaltung bestimmter Produktionsstätten, da verteidigen die Arbeiter ihr Produkt, und sie fordern, daß an ihren Arbeitsplätzen weiter Schuhe, Uhren, oder Waffen — ja, auch Waffen — produziert werden. Aber hier handelte es sich um die Forderung, wenn auch nicht des totalen Produktionsstopps, so doch einer Verlangsamung . . . Die Gewerkschaft wird sich bewußt, daß es noch etwas anderes gibt als die Produktentscheidungen der Direktion.

Während der ersten Streiktage fingen die Leute an, miteinander zu reden. Da gab es die Vollversammlung, und da wurde den meisten Betriebsmitgliedern erst klar, daß sie alle die gleichen Probleme haben. Und diejenigen, die nicht in der Produktion, sondern in der Verwaltung arbeiten, verstanden plötzlich die Probleme der anderen. Hunderte von Mitarbeitern, die sich alle vorher gegenseitig ignoriert hatten. Jetzt begriffen sei. Und die Frauen der Streikenden haben jetzt auch verstanden, daß ihre Männer unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Gut, wir kennen das ja: die Männer reden mit ihren Frauen nicht über ihre Probleme, und andersherum ist es genauso. Aber die Männer von La Hague wollten ihre Frauen auch nicht erschrecken, und haben von der Gefährlichkeit der Arbeit nichts erwähnt. Und jetzt haben die Frauen oft zum ersten Mal davon erfahren, wie gefährlich das mit der Radioaktivität ist.»

(Autor) Maurice Gallis berichtet, er habe sich längere Zeit als Gast bei der deutschen Versuchsanlage für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in Karlsruhe aufgehalten. Die Sicherheitsverhältnisse für die Mitarbeiter seien dort, so betonte er, noch schlechter als in La Hague. Er habe aber vergeblich das Gespräch mit den deutschen Kollegen gesucht, es gebe dort keine Interessenvertretung für das strahlengefährdete Personal. Und bei deutschen Gewerkschaftskollegen ganz allgemein habe er stets tauben Ohren gepredigt.

(Laponche): «Die deutschen Kollegen sind sich der Probleme der radiologischen Belastung durchaus bewußt, aber wir haben Verständigungs-Schwierigkeiten, wenn die Sprache auf notwendige Veränderungen

kommt. Hinsichtlich der Wachstumsfrage und grundsätzlicher Entwicklungsprobleme sollte es meiner Meinung nach viel mehr Diskussionen mit den deutschen Kollegen geben. Mein persönlicher Eindruck ist, daß die deutschen Gewerkschaften, jedenfalls ihre führenden Sprecher, einer Art Fatalismus verfallen sind, was die Möglichkeit grundsätzlichen Wandels betrifft. So halten sie beispielsweise den Kapitalismus und die Atomtechnologie für ein notwendiges Uebel. Die Gewerkschaft soll sich nur darum kümmern, daß es den Arbeitern unter den gegebenen Umständen, die man für unabänderlich hält, möglichst gut geht. Wir halten das für ziemlich widersprüchlich. Es ist doch die kapitalistische Umwelt, die für die Lebens- und Arbeitsverhältnisse verantwortlich ist, und wenn man die Arbeitsbedingungen verbessern, das heißt: wirklich ändern will, dann muß man die Axiome der Wirtschaftsdoktrin ändern.»

(Autor) Die deutschen Gewerkschaften beginnen erst in letzter Zeit mit einer Meinungsbildung in der Atomenergiefrage. Der DGB-Bundesvorstand verschickte im Februar dieses Jahres ein Diskussionspapier an seine Mitgliedsverbände. Dieser Beitrag zur gewerkschaftlichen Meinungsbildung ist aber eher bemerkenswert durch seinen Mangel an Kritik gegenüber den ökonomischen Scheinargumenten, mit denen hierzulande die Atomexpansion verteidigt wird. Die Schlußpassage des Vier-Seiten-Papiers befaßt sich mit einer «Sicherung der Kernkraftwerke gegen kriegerische und verbrecherische Anschläge» sowie mit der «Sicherung gegen menschliches Versagen». Und an dieser Stelle heißt es: «Der Risikofaktor 'menschliches Versagen' sollte bei der Planung und beim Betrieb von Kernkraftwerken stärker beachtet werden.»

— Wie der DGB wohl reagieren würde, wenn der für die Atomanlagen zuständige TÜV für Arbeitnehmer der Atomindustrie die Abschaffung des Streikrechts fordern würde? Die Frage drängt sich auf, ob es eigentlich der «Risiko-Faktor Mensch» ist oder der Risiko-Faktor Atomindustrie, von dem die größte Gefahr für das künftige Wohlergehen der deutschen Arbeiter ausgeht. Doch das ist eine Frage an den DGB.

Unsere Frage an Bernard Laponche bezieht sich auf die Streikbilanz in La Hague.

(Laponche): «Ich halte es für sehr wichtig, daß man sich klar darüber wird: hier handelt es sich um eine höchst gefährliche Technologie, die man nicht normalen kommerziellen Zwängen unterstellen darf, als gehe es um die Fabrikation von Schuhen. Was die Arbeitsbedingungen und die Sicherheitsfragen betrifft, so hat die Direktion der CEA eingesehen, daß wir Probleme haben. Zuerst hatten die ja gedacht, daß sei ein so etwas folkloristischer Streik, ohne Substanz. Zuletzt hat man aber einsehen müssen, daß La Hague die reine Katastrophe ist. Also hat man sich bereit erklärt, Reparaturen durchzuführen, damit die Arbeitsverhältnisse sich bessern.»

Laponche erwähnt einen weiteren Erfolg: die Schaffung eines gemischten Untersuchungsausschusses, besetzt mit Vertretern der Gewerkschaft CFDT und der Unternehmensleitung, der die Probleme vor Ort studieren und Ende März Empfehlungen vortragen soll. «Die Existenz dieses Ausschusses beweist, daß der Streik berechtigt war. Dieser Ausschuß arbeitet jetzt, nach Ablauf der drei Monate wird er seine Schlüsse ziehen, und dann wird man sehen. Entweder die Direktion hält sich dann an die Empfehlungen, oder wir streiken weiter.»

(Ausschnitt aus dem Film, Szene) Lehrer: «Mir ist es passiert, daß ich mit meiner Schulklasse mitten im Unterricht war, da fing diese Sirene zu heulen an. Die Polizeistelle in Beaumont-Hague konnte mir am Telefon nicht sagen, was los war. Wir haben bei der Unterpräfektur in Cherbourg angerufen, und die haben nur gemeint: 'Das kann nichts Ernstes sein, sonst hätte man uns informiert.' — Kein Mensch hat uns sagen können, was los war. Wir wissen auch nicht, wo wir mit den Schulkindern hin sollen, wenn dazu überhaupt noch Zeit bliebe . . .»

(Autor) **Fassen wir zusammen:** unter dem Druck des Zwanges zum Nachweis glaubwürdiger Entsorgungskapazität haben die deutschen Kraftwerksbetreiber jetzt versucht, die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague als ein Beispiel industriell betriebener Entsorgung vorzuführen. Die so zusammengekommenen Presseberichte suggerieren der deutschen Oeffentlichkeit, die französische Anlage funktioniere seit über zehn Jahren einwandfrei und stehe gegenwärtig zur Entsorgung deutscher Leichtwasserreaktoren zur Verfügung. Eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage könne — aufbauend auf internationalen Erfahrungen — in den achtziger Jahren in Betrieb gehen. Demgegenüber ist richtigzustellen:

Die französische Anlage hat bisher — abgesehen von einer Handvoll Tonnen halbabgebrannter Elemente aus einem Schweizer Siedewasserreaktor — keinerlei hochradioaktive Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren aufgearbeitet.

Die Projektgesellschaft PWK, eine Gründung der größten Elektrizitätsversorgungsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland, ist für eine gravierende Fehlinformation der Presse verantwortlich. Die an der PWK-Reise beteiligten Journalisten wurden im Unklaren darüber gelassen, daß La Hague bisher zur Wiederaufarbeitung oxydischer Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren nicht eingesetzt war und für die Entsorgung deutscher Atomkraftwerke auch auf absehbare Zeit aus technischen Gründen, nicht in Frage kommt. Angesichts seiner irreführenden Oeffentlichkeitsarbeit darf das Unternehmen PWK sich nicht wundern, wenn ihm die Oeffentlichkeit künftig mit Mißtrauen begegnet.

Die Entsorgung der jetzt in der Bundesrepublik betriebenen Reak-

toren ist also derzeit nicht geregelt. Die deutschen Atomkraftwerke produzieren zur Zeit etwa 180 Tonnen Abbrand pro Jahr, jeder weitere Reaktorblock des Biblis-Kalibers erhöht diese Menge um weitere 35 Tonnen pro Jahr.

Bis mindestens 1980 soll ein großer Teil dieses hochradioaktiven Mülls von der Firma Transnuklear GmbH weiterhin mit Sondertransporten nach La Hague verbracht werden, um dort angeblich aufgearbeitet zu werden. Es ist aber nach zuverlässigen Aussagen von Betriebsangehörigen der Anlage La Hague noch unsicher, daß dort überhaupt eine industrielle Wiederaufarbeitung in Gang kommt. In Anbetracht der in Frankreich jetzt anlaufenden Stromproduktion in Leichtwasserreaktoren mit jährlich zugeschalteten Kapazitäten von mehreren tausend Megawatt ist zu befürchten, daß der größte Teil des deutschen Atommülls wieder in die Bundesrepublik zurückgeholt werden muß, ohne aufgearbeitet zu sein. Das macht ernstliche Engpässe in der Entsorgung deutscher Atomkraftwerke in den nächsten Jahren wahrscheinlich.

Es ist skandalös, daß die am weiteren Zubau von Atomkraftwerken interessierten Kräfte gezielt Fehlinformationen verbreiten, um berechtigte Sorgen von Politikern, Oeffentlichkeit und Genehmigungsinstanzen zu zerstreuen. Entgegen Behauptungen dieser Interessenten stellen wir heute fest: nirgendwo auf der Welt existiert eine im industriellen Maßstab funktionierende Wiederaufarbeitungsanlage für den Brennstoff aus Leichtwasserreaktoren. Die bisherigen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, in England und in Frankreich lassen sogar befürchten, daß auch in Zukunft noch zahllose technische Probleme auftreten werden, deren Lösung nicht absehbar ist — auch in einer deutschen Anlage nicht!

Zum heute gesicherten Bestand deutscher Atompolitik gehört es, daß der weitere Bau von Atomkraftwerken eine Lösung der Entsorgungsprobleme voraussetzt. Wir ergänzen: auch der weitere Betrieb der heute schon existierenden Reaktoren ist von der Lösung des Abfallproblems abhängig. Weitere Konsequenzen sind zwingend: Die Exportfähigkeit deutscher Atomtechnologie bedarf dringend einer Ueberprüfung. Es liegt auf der Hand, daß mit dieser keineswegs ausgereiften Technologie eine Reihe schwerwiegender Probleme exportiert werden. Und schließlich muß leider daran erinnert werden, daß auch eine Zwischenlösung nicht darin gesehen werden kann, daß wir unseren Atommüll nach La Hague transportieren. Die in der dortigen Region ansässige Bevölkerung ist von den Managern der französischen Atompolitik nie nach ihrer Meinung dazu befragt worden. Und die deutsche Oeffentlichkeit, makaberweise auch die deutschen Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke, haben bisher der Interessenlage und der Kritik der Be-

völkerung um La Hague und der in La Hague beschäftigten Atomtechniker wenig Beachtung geschenkt.

Wie würde die Bevölkerung von Goesthacht, Aschendorf/Hümmling, Karlsruhe oder Aachen reagieren, wenn alle zwei, drei Tage Schwertransporte mit Polizeiaufgebot aus Belgien, England, der Schweiz und Italien in ihrer Gegend einträfen, um Tonnenladungen von radioaktivem Abfall in benachbarten Wasserbecken abzuladen? Wenn die Bürgerinitiativen der Bundesrepublik glaubwürdig bleiben wollen, müssen sie gegen den Export deutschen Reaktorabfalls nach Frankreich Stellung nehmen.

Wir wissen jetzt, daß die am meisten Betroffenen, nämlich die Betriebsangehörigen von La Hague, unseren Atommüll nicht wollen. Und das gilt gleichermaßen für die Bürgerinitiativen in der Normandie, deren Sprecher Didier Anger uns beim Abschied sagte: «Der Kampf gegen die Atomlobby muß international geführt werden, denn wir sehen ja, wie unsere Regierungschefs und die Atommanager sich international zusammentun. Auch wir müssen uns über die Grenzen hinweg miteinander verbünden, damit wir verhindern, daß man unsere Umwelt zerstört und das Leben der Menschen bedroht!»

(Autor) **Es scheint auch an der Zeit, daß sich die betroffenen Gewerkschaften mit den Gewerkschaftskollegen in den Betrieben der französischen Atomindustrie zusammensetzen, damit** endlich ein sachlich fundierter gewerkschaftlicher Standpunkt zu den Problemen der atomindustriellen Arbeitswelt erarbeitet werden kann.

Davon sollten die deutschen Kollegen sich auch durch das jüngst wieder von Forschungsminister Matthöfer im Fernsehen beschworene Gespenst drohender Massenarbeitslosigkeit nicht abschrecken lassen. Minister Matthöfer, selbst altgestandener Gewerkschaftler, sollte ein offenes Ohr haben für die wohlbegründeten Sorgen der gewerkschaftlich organisierten Atomtechniker Frankreichs.

(Laponche): «Alle Welt behauptet, daß La Hague funktioniert. **Das ist eine Lüge!»**

Gewaltfreie Protestbewegungen verzichten bewußt oder unbewußt darauf, der staatlichen Gewalt mit adäquaten Gewaltmitteln zu begegnen. Sie verzichten darauf nicht aus Feigheit, Schwäche oder Masochismus, sondern weil sie zum einen von der Ueberlegenheit des gewaltfreien Konfliktaustrags überzeugt sind und zum andern die gerechte Gesellschaft, die sie anstreben, auch schon in den Mitteln des Kampfes aufzeigen wollen.

(Hans-Jürgen Benedict, Staatsgewalt und Protest'gewalt' in Brokdorf, «Junge Kirche» 1/1977, Beiheft, S. 9.)